

Kommentar

www.vin-rissen.de

Hamburg, den 05.02.2016

Kommentierung der Antwortmail von Herrn Dr. Andreas Dressel und Herrn Dr. Anjes Tjarks durch VIN Rissen:

Dressel /Tjarks möchten, dass die Integration dieser großen Zahl von Flüchtlingen in Quartieren gelingt. Sie setzen sich dafür ein, dass notwendige Maßnahmen ergriffen werden.

VIN hält die geplanten Siedlungen für integrationsfeindlich, weil dort zu viele Flüchtlinge auf engem Raum leben sollen. VIN fordert, nicht integrationsfeindlich zu bauen und dann integrationsfördernde Maßnahmen zu ergreifen. VIN fordert eine dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge in kleinen Einheiten.

Dressel /Tjarks erklären, dass besonders in Hamburg und Berlin die Geschwindigkeit und Zahl der ankommenden Flüchtlinge besser gesteuert und reduziert werden muss. Sie melden erste Erfolge z.B. in der Verteilung minderjähriger Flüchtlinge.

VIN erwartet grundsätzlich ein weitsichtiges Handeln, auch in schwierigen Situationen. Durch die Inbetriebnahme der Erstaufnahme in Rahlstedt-Meiendorf sollte in der Tat eine deutliche Erleichterung für Hamburg eintreten. Durch die dort geplanten Aufnahme- und Bearbeitungskapazitäten soll die Registrierung der Flüchtlinge in wenigen Tagen erfolgen und nicht (wie in den meisten Fällen bisher) erst nach mehreren Monaten. Nach der Registrierung können Flüchtlinge gemäß Königsteiner Schlüssel auf andere Bundesländer bzw. EU-Länder verteilt werden und müssen nicht wie bisher in den Zentralen Erstaufnahmen (ZEA) in Hamburg untergebracht werden.

Dressel/ Tjarks erklären, dass bis Ende 2016 weitere 40.000 Unterbringungsplätze benötigt werden.

VIN stellt diese Zahl infrage. Warum rechnet der Senat mit weiteren 40.000 Flüchtlingen? Wenn das Asylpaket II greift, wenn die ZEA Meiendorf in Betrieb geht und wenn die Stadt Hamburg sich - wie oben angekündigt - zur Rückführung jener Flüchtlinge entschließt, die kein Bleiberecht haben, dürfte das die Zahl der benötigten Unterkünfte deutlich reduzieren.

VIN kritisiert, dass der Senat bisher zu wenig Einsatz in Bezug auf Rückführungen gezeigt hat. Es scheint, als würde bisher nahezu jeder geduldet. Dies mag seinen Grund in fehlenden Kapazitäten bei den ausführenden Organen, z.B. im Polizeiapparat haben. Möglich ist auch, dass der politische Wille hier fehlt.

VIN fordert vom Senat, sich nicht nur um eine Unterbringung der Flüchtlinge zu

Kommentar

www.vin-rissen.de

kümmern. VIN erwartet, dass grundsätzlich integrationsfördernde Entscheidungen getroffen werden. Hierzu zählen die Abkehr von geplanten Großunterkünften, die Durchmischung des Wohnraums, die Prüfung von allen vorhandenen Alternativflächen und Vieles mehr.

Dressel/ Tjarks beklagen einen Zeitdruck in Bezug auf die Schaffung neuer Unterbringungsplätze. Sie stellen fest: Obdachlosigkeit muss vermieden werden.

VIN erwartet mehr Anstrengung bei der Suche nach Alternativen. VIN fragt sich, warum für die Olympiabewerbung eine Projektgesellschaft gegründet wurde und warum in der Flüchtlingsfrage gespart wird. Schwierige Herausforderungen erfordern bessere Lösungen und mehr Anstrengung.

Dressel/ Tjarks stellen fest, dass eine Voraussetzung für die Integration der Flüchtlinge ist, dass sie nicht in Zelten, Baumärkten, Containern und Modulhäusern leben.

VIN ergänzt: Eine weitere Voraussetzung für Integration ist, dass Flüchtlinge nicht in Großsiedlungen untergebracht werden, in denen die Flüchtlinge unter sich sind. VIN erwartet, dass Wohnsituationen geschaffen werden, die grundsätzlich integrationsfördernd sind – nicht nur geringfügig besser als Zelte, Baumärkte und Container.

Dressel/ Tjarks erklären, dass die Bezirksversammlung eine Reduzierung der geplanten Wohneinheiten beschlossen hat.

VIN begrüßt diesen ersten Schritt, hält diese Reduzierung allerdings für absolut nicht ausreichend. Es wird mit 400 Wohneinheiten gerechnet, in denen 2.000 Flüchtlinge wohnen sollen. Direkt angrenzend werden ab Sommer 2016 rund 800 Flüchtlinge auf dem Gebiet Sieverstücken untergebracht sein. Eine Siedlung für 3.000 Flüchtlinge und rund 500 Hamburger hält VIN für integrationsfeindlich.

Dressel/ Tjarks erklären, dass die 400 Wohnungen sukzessive in regulären Wohnraum umgewandelt werden sollen, sobald ein Planrecht besteht, das die ausschließliche Nutzung für Flüchtlinge nicht mehr notwendig macht.

VIN erklärt: In Rissen besteht bereits Planrecht, da bereits ein rechtskräftiger Bebauungsplan für Rissen 45 vorliegt. Dies unterscheidet Rissen von fast allen anderen Standorten des Expresswohnungsprogramms für Flüchtlinge. Es könnten demnach sofort Wohnungen für Flüchtlinge und Hamburger gebaut werden. Kreative, innovative und vor allem kluge Konzepte sind denkbar.

VIN erwartet vom Senat kluge Überlegungen.

Der Zwischenschritt über eine ÖRU (Öffentlich Rechtliche Unterkunft) müsste nicht vollzogen werden, wie aktuell geplant. Außerdem ist bislang keineswegs klar, wie die Umwandlung von

Kommentar

www.vin-rissen.de

ÖRU in Wohnraum erfolgen soll.

Zum Hintergrund: Eine ÖRU wird von einem Betreiber gemanaged, in den meisten Fällen von „fördern & wohnen“, einer städtischen Gesellschaft. Der Betreiber steuert die Belegung, die Belegungsdichte und stellt Sozialarbeiter. Flüchtlinge werden einer ÖRU zugewiesen. Aufgrund der Dichte der Belegung wird es Bestrebungen geben, sich aus diesen Einrichtungen wegzubewegen, sobald dies möglich ist. Anerkannte Flüchtlinge dürfen aktuell nicht in ÖRUs wohnen bleiben. Es ist demnach davon auszugehen, dass die ÖRUs einer ständigen Fluktuation unterliegen. Aus Integrationsgesichtspunkten ist dies eine sehr unbefriedigende Perspektive.

Dressel/ Tjarks sagen, dass für die weiteren 400 Wohneinheiten zurzeit drei andere Flächen im Bezirk Altona im Gespräch sind. Das müsste VIN doch entgegenkommen.

VIN fragt, warum nicht mehr Flächen geprüft wurden und werden. Es gibt alternative Flächen. Diese sind dem Bezirk auch bekannt. VIN fragt sich, ob der Bezirk diese Flächen absichtlich nicht prüft, um zu verhindern, dass diese nicht alternativ sondern additiv bebaut werden.

VIN fordert den Senat dazu auf, alle alternativen Flächen in die Planung einzubeziehen und auf diese Weise jede der geplanten Großsiedlungen zu verhindern.

Die Pläne des Senats, in Rissen oder einem anderen Stadtteil eine Großsiedlung zu errichten, hält VIN für unverantwortlich, für unklug und auch für unnötig.

Dressel/ Tjarks sagen, es sei Ihnen bewusst, dass eine faire Verteilung zwischen den Stadtteilen eine wichtige Voraussetzung für Akzeptanz sei.

VIN erklärt, dass der Senat aktuell weit davon entfernt ist, die Flüchtlinge fair zu verteilen.

Nach aktuellen Planungen des Senats werden 80% der Flüchtlinge von 32 Stadtteilen aufgenommen. Zu Hamburg gehören aber 104 Stadtteile. VIN fragt sich, was der Senat unter einer fairen Verteilung versteht, wenn 32 Stadtteile 80% der Flüchtlinge aufnehmen sollen und 72 Stadtteile kaum oder sogar keine Integrationsleistung erbringen sollen.

VIN begrüßt die Bestrebung einer fairen Verteilung und erwartet diesbezüglich die Umsetzung der Ankündigung.

Dressel/ Tjarks beziehen sich auf den ehemaligen Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky, der sagte, dass eine Grenze von 5.000 Menschen an einem Standort als kritisch zu betrachten sei.

VIN hört Herrn Buschkowsky ebenfalls aufmerksam zu. VIN zitiert Herrn Buschkowsky, der eindringlich vor der Errichtung von Parallelgesellschaften warnt. Diese seien unter allen

Kommentar

www.vin-rissen.de

Umständen zu vermeiden. VIN erwartet vom Senat, dass Pläne entwickelt werden, die das Risiko misslungener Integration so gering wie möglich halten.

VIN fordert den Senat dazu auf, sich mit dem Gedanken zu befassen, dass selbst eine Anzahl von 1000 zu integrierenden Menschen zu einer kritischen Größe werden kann – was es zu verhindern gilt.

VIN fordert den Senat weiterhin dazu auf, sich grundsätzlich intensiver mit dem Thema „Integration“ zu befassen und sich nicht hauptsächlich dem Thema „Unterbringung“ zu widmen.

Dressel/ Tjarks betonen, dass unsere Gesellschaft trotz der Dramatik der Situation genug Energie und Zusammenhalt hat, um diese große Herausforderung gut zu bewältigen.

VIN ist der Überzeugung, dass auch in Rissen ausreichend Energie vorhanden ist, um an der erfolgreichen Umsetzung dieser Aufgabe mitzuwirken – sofern die Voraussetzungen stimmen! Deshalb fordert VIN den Senat eindringlich dazu auf, jetzt die Bedingungen dafür zu schaffen, dass die Integration gelingen kann.

VIN fordert eine sofortige Abkehr vom Bau geplanter Großunterkünfte für Flüchtlinge.

VIN Rissen e.V.

*Die Bürgerinitiative **Vin Rissen**, Vorrang für Integration und Nachhaltigkeit, wurde Ende Oktober 2015 gegründet. Ziel der Initiative ist es, der vom Hamburger Senat geplanten, ghettoartigen Unterbringung von tausenden Flüchtlingen ein klares Konzept entgegen zu setzen. Das Konzept basiert auf Integration durch dezentralisierte Unterbringung und fordert Nachhaltigkeit bei allen Maßnahmen. **VIN Rissen** hat in der kurzen Zeit seit Gründung bereits über 1.400 Unterstützer gewonnen. Auf der Website www.vin-rissen.de informiert die Initiative über ihr Konzept.*

www.vin-rissen.de

Newsletter: www.vin-rissen.de/blog

Kontakt: kontakt@vin-rissen.de